

(Arbeitstitel:) Ein anderes Europa ist möglich!

oder
Neue Wege in Europa!

Untertitel: Demokratisch - solidarisch - friedlich - ökologisch

1. Was wir mit dem Kongress wollen

Im offiziellen Brüsseler Sprachgebrauch, aber auch in der deutschen Diskussion, wird Europa meist auf die Europäische Union (EU) reduziert. Europa ist allerdings mehr als die EU. Zum Kontinent Europa zählen circa 750 Millionen Einwohner in fast 50 Staaten. In der EU sind es - Großbritannien schon rausgerechnet - ca. 420 Millionen Menschen in 27 Staaten.

Doch Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Europa ist ein kommunikativer, kultureller, ökonomischer und politischer Verdichtungsraum, der sich seit dem Mittelalter vom Atlantik bis zum Ural herausgebildet hat. Teil der europäischen Geschichte ist die bittere Vergangenheit von Konflikten und Kriegen, die im 20. Jahrhundert ihren katastrophalen Höhepunkt fand. Verdun und Stalingrad stehen als Chiffren für diese Katastrophen Europas.

Europa prägt seit Jahrhunderten die Weltgeschichte entscheidend mit. Aus Europa kommen der Kapitalismus und der moderne Nationalstaat. Aus Europa kommen die modernen Konzepte von Demokratie und Menschenrechten, Aufklärung, kritische Gesellschaftstheorie und Sozialismus. Von Europa aus zieht sich aber auch eine Blutspur von Völkermord, Ausplünderung und Unterjochung über den Planeten, die von den Kreuzzügen über den Kolonialismus bis zum Imperialismus reicht.

Wenn wir darüber reden, Europa anders zu machen, haben wir dieses Gesamteuropa im Blick. Besondere Berücksichtigung finden dabei die EU und die Eurozone, in denen Deutschland eine dominierende Rolle spielt. Wenn wir über Europa reden, dann über Europa im Spannungsverhältnis zwischen Gesamteuropa, EU und Eurozone. Da im Zeitalter der Globalisierung Eurozentrismus noch weniger als früher mit emanzipatorischem Internationalismus vereinbar wäre, denken wir als globalisierungskritische Organisation Europa immer auch im Kontext seiner Rolle in der Welt und in der Globalisierung.

Der Nationalstaat ist weltweit immer noch das dominante Modell von Vergesellschaftung. Deshalb wird das Verhältnis zu Formen internationaler, transnationaler oder supranationaler Integration ein wichtiger Punkt unserer Diskussion sein müssen. Nationalstaat und Kapitalismus bedingen sich historisch gegenseitig. Im Rahmen des Nationalstaates wurden wesentliche Rahmenbedingungen für die Ökonomie, aber auch den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften ausgehandelt und reguliert. In der EU werden nationalstaatliche Regulierungen der beteiligten Länder teilweise abgeschafft und auf die supranationale Ebene der EU gehoben. Diese Prozesse finden unter der Hegemonie neoliberaler Kräfte statt. Dabei setzen sich in erster Linie die

Interessen der Vermögenden, Banken und Konzerne durch, während die Lohnabhängigen die Lasten tragen. Zudem hat die Verlagerung von Kompetenzen nationaler Parlamente in europäische Institutionen teilweise zu einer Entdemokratisierung geführt. Beispiel dafür ist die Durchsetzung der Austeritätspolitik in Ländern, in denen dies noch nicht geschehen war. Die deutsche Regierung spielt dabei immer wieder die Rolle des Vorreiters.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien es so, als könnte Europa zu einem friedlicheren Ort werden. Doch der Kalte Krieg führte zu einer neuen Spaltung. Die Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt brachte die Welt zeitweise an den Rand eines Atomkriegs. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges hörten die bewaffneten Konflikte nicht auf. Mit dem Zerfall Jugoslawiens und dem Ukraine Konflikt sind kriegerische Auseinandersetzungen wieder nach Europa zurückgekehrt. Das Verhältnis zwischen der EU und Russland hat konfrontative Züge angenommen. Zudem nehmen die Bestrebungen innerhalb der EU, diese zu einer militär- und geopolitisch agierenden Großmacht auszubauen, wieder zu. Friedenspolitik sieht anders aus.

Es gibt aber auch auf vielen Ebenen Widerstand und Ansätze für ein anderes Europa: Die erfolgreiche Kampagne gegen Wasserprivatisierung, die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP, und CETA, die Bewegung gegen die Austeritätspolitik der EU, die 'Recht auf Stadt'-Bewegungen, die Solidarität mit Geflüchteten und die Klimabewegung, um nur einige zu nennen.

Mit dem Kongress wollen wir nicht nur unsere Kritik an der herrschenden Politik in Europa und insbesondere in der EU formulieren, sondern auch unsere Vision von einem demokratischen, sozialen, gerechten, ökologischen und friedlichen Europa diskutieren. Dabei wollen wir nicht stehen bleiben. Kritik bleibt stumpf und Visionen helfen wenig, wenn es keine Strategie zur Transformation der politischen Institutionen und keine konkreten politischen Projekte zu ihrer Durchsetzung gibt. Deshalb werden wir uns beim Kongress einerseits mit den unterschiedlichen Konzepten für ein solidarisches, sozial-ökologisches Europa beschäftigen sowie entsprechende Transformationsansätze in solidarischer Landwirtschaft, Ökonomie u.a. diskutieren. Andererseits wollen wir bereits bestehende Ansätze und Konzepte wie den Europarat, OSZE, "Das gemeinsame Haus Europa" und weitere auf ihr emanzipatorisches Potenzial hin überprüfen.

Es ist uns wichtig, im Laufe des Kongresses kontroverse Positionen klar zu benennen. Unser Thema ist in der deutschen Linken und der Linken in der EU sehr umstritten. Im Sinne einer pluralistischen Mosaiklinken werden alle europapolitischen Strömungen thematisiert. Der Kongress übernimmt damit über Attac hinaus eine wichtige Funktion als Debattenraum zur solidarischen Bearbeitung von Kontroversen. Dabei soll der Blick immer wieder auf das gelenkt werden, was Differenzen überbrückt und die verschiedenen Strömungen eint, und wo sich somit Schnittstellen für gemeinsame Forderungen und Kampagnen ergeben. Als Ergebnis des Kongresses erhoffen wir uns nicht nur die bessere Kenntnis unterschiedlicher Positionen, sondern vor allem auch Bewusstsein für das Verbindende und mögliche gemeinsame politische Projekte.

2. Wie wir den Kongress gestalten wollen

Der Kongress soll eine Veranstaltung von Attac Deutschland mit Kooperationspartnern und mit internationaler Beteiligung, nicht nur aus dem europäischen Raum sein. Attac macht einen Vorschlag für das politische Profil des Kongresses, wie in Punkt 1 skizziert. Dazu werden wir bereits vor dem Herbststratschlag erste Gespräche mit Kooperationspartnern führen. Als Kooperationspartner wollen wir Organisationen

gewinnen, die sich inhaltlich mit dem Thema befassen und finanziell am Kongress teilnehmen und mit ihrem Logo prominent auf den Kongressmaterialien auftauchen. Neben Stiftungen wie RLS, FES und HBS kommen dafür Gewerkschaften, Umweltorganisationen und andere in Frage - Organisationen, die die Breite der Diskussion widerspiegeln. Als Beteiligte wollen wir Organisationen und Gruppen gewinnen, die zu europapolitischen Themen arbeiten und eigenständig Workshops durchführen können.

Der Kongress soll sich in drei zeitlich aufeinander folgende Blöcke gliedern. Im ersten Block soll es darum gehen, unsere Kritiken an den herrschenden Politiken in den wesentlichen Feldern (Demokratie, Ökonomie, Soziales, Ökologie, Krieg und Frieden) und unsere Visionen von einem anderen Europa zu diskutieren. Im zweiten Block soll es um Transformationsstrategien gehen und um das Verhältnis von institutionellen Reformen und strukturellen Brüchen. Im dritten Block werden Umsetzungsstrategien und konkrete Projekte im Mittelpunkt stehen.

Innerhalb der drei Blöcke können die verschiedenen Themen mit Blick auf ihre Bedeutung für Europa bearbeitet werden. Zu Beginn des ersten Blocks soll es ein einleitendes Podium geben, ebenso zu Beginn des zweiten. Die Veranstaltung wird mit einem Podium abgeschlossen, auf dem möglichst konkrete nächste Schritte diskutiert werden.

Als mögliche Orte für den Kongress werden Berlin (TU), Frankfurt (Uni) und Kassel (Uni) geprüft. Der Kongress soll im letzten Quartal 2018 stattfinden.